

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 43 | 28.10.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 90/2016](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung von Wortfolgen und eines Wortes in § 57a des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl II 289/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Übermittlung von Daten für die Berücksichtigung von Sonderausgaben in der Einkommensteuerveranlagung (**Sonderausgaben-Datenübermittlungsverordnung – Sonderausgaben-DÜV**)

[BGBl II 290/2016 \(ÖNORM B 3130, ÖNORM B 3151, ÖNORM B 4710-1\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **Recycling-Baustoffverordnung** geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 287 v 21.10.2016, 1](#)

Beschluss (EU) 2016/1850 des Rates vom 21. November 2016 über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des **Interim-Wirtschaftspartnerschaftsabkommens** zwischen **Ghana** einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits

[ABI L 287 v 21.10.2016, 3](#)

Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen **Ghana** einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

22.09.2016, [A 14/2015](#)

UmsatzsteuerG; Zurückweisung einer Staatshaftungsklage wegen eines gegen Unionsrecht verstoßenden Beschlusses des VwGH betr die **umsatzsteuerliche Qualifikation der Vermietung einer Immobilie durch eine Privatstiftung an das Stifterehepaar**; keine Darlegung eines qualifizierten Verstoßes des VwGH gegen Unionsrecht

22.09.2016, [V 26/2016](#)

Ktn BauO; **Ktn BauansuchenVO**; Abweisung des Antrags des LVwG Kärnten auf Aufhebung einer Bestimmung der Kärntner BauansuchenV betr den erforderlichen Nachweis über die **Sicherstellung der Zufahrt** durch ein im Grundbuch einverleibtes **dingliches Recht**; keine Gesetzwidrigkeit, kein Verstoß gegen das Eigentumsrecht

22.09.2016, [E 2556/2015](#)

EinkommensteuerG; Verletzung im Gleichheitsrecht durch **Nichtanerkennung von Fahrtkosten** für ein behindertes Kind anlässlich der Tätigkeit in einer Behindertenwerkstätte als **außergewöhnliche Belastungen**

22.09.2016, [E 2221/2016](#)

GlücksspielG; Zurückweisung von Beschwerden gegen eine vom LVwG bestätigte **Einstellung** eines **Verwaltungsstrafverfahrens** wegen **Verstoßes gegen das GlücksspielG** mangels Beschwerdelegitimation; Rechtsschutzsystem nicht konventionwidrig

05.10.2016, [G 295/2016 ua](#)

StrafprozessO; BUWOG-Anklage; Ablehnung der **Anträge auf Gesetzesprüfung** wegen mangelnder Aussicht auf Erfolg; das Vorbringen der Antragsteller lässt angesichts der Beschränkung der Einspruchsgründe auf die **Geltendmachung grober Unrichtigkeiten** der Anklageschrift sowie des Umstands, dass ein **endgültiger Verlust jeglichen Rechtsschutzes** hier gerade nicht droht, die behauptete Verfassungswidrigkeit des Gesetzes als wenig wahrscheinlich erkennen

12.10.2016, [G 269/2016 ua](#)

StrafprozessO; BUWOG-Anklage; Zurückweisung der **Anträge auf Gesetzesprüfung** mangels Legitimation; Vorliegen einer prozessualen Situation, die zu einer mit dem **Grundsatz der Subsidiarität von Individualanträgen** nicht im Einklang stehenden **Doppelgleisigkeit des Rechtsschutzes** führen würde; Zumutbarkeit der Erhebung eines Einspruchs, in dessen Zuge allenfalls auch die Stellung eines Antrags nach Art 140 Abs 1 Z 1 lit a B-VG angeregt werden könnte; Nichtvorliegen von außergewöhnlichen Umständen, welche die Einbringung eines Individualantrags ausnahmsweise zulässig machen würden, angesichts dessen, dass im aktuellen Verfahrensstadium keineswegs ein endgültiger Verlust jeglichen Rechtsschutzes droht

13.10.2016, [G 219/2015](#)

Tir FlurverfassungslandesG; **Gleichheitswidrigkeit** des § 86d Tir FlurverfassungslandesG; die Frist für das Außerkrafttreten der aufgehobenen Gesetzesstelle gründet sich auf Art 140 Abs 5 dritter und vierter Satz B-VG; kein Inkrafttreten von früheren gesetzlichen Bestimmungen; Abweisung des Antrags, soweit er sich gegen § 36h Abs 3 und 4 sowie gegen § 36k Abs 2 Tir FlurverfassungslandesG richtet; im Übrigen Zurückweisung des Antrags

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

29.09.2016, [2013/07/0296](#)

AbfallwirtschaftsG; bescheidmäßig angeordnete **Schließung einer Deponie**; entgegen der Auffassung des Bf ist im **Titelbescheid** die Fläche, auf die sich der Auftrag zur Herstellung einer bombierten Oberfläche bezieht, **hinreichend bestimmt**

dargestellt; dies gilt ebenso für den vor der Deponierung vorhandenen Untergrund, zumal nach den auf Basis des SV getroffenen Feststellungen eindeutig nachvollziehbar ist, welches Material nachträglich zugeliefert wurde und welches sich bereits ursprünglich an Ort und Stelle befunden hat

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 11.10.2016, [I412 2017334-1](#)

AVG; eine **elektronische Ausfertigung der Behörde** bedarf gem § 18 Abs 4 AVG entweder einer **Unterschrift des Genehmigenden oder einer Amtssignatur**; falls keine der beiden Signaturen vorhanden ist, erreicht die Ausfertigung keine Bescheidqualität und die Beschwerde ist als unzulässig zurückzuweisen

LVwG Oö 12.10.2016, [LVwG-650704](#)

AVG; eine **Verweigerung der Akteneinsicht** ist nur dann zulässig, wenn die von der Behörde hierfür ins Treffen geführten Bedenken – wie etwa, dass der Verfasser der verfahrenseinleitenden E-Mail in der Folge entsprechenden Repressalien des Bf ausgesetzt sein könnte – sich auf konkrete, in der Begründung des Bescheids anzuführende Anhaltspunkte zu stützen vermögen und nicht bloß allgemeiner Natur sind

LVwG Oö 13.10.2016, [LVwG-350248](#)

Oö StraßenG; Enteignung eines Grundstücks aus Anlass der Errichtung einer Umfahrungsstraße; die von der Bf aufgeworfene Frage, ob für das ggst Projekt eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen gewesen wäre, ist in analoger Übertragung der Judikatur des VwGH zum EisenbahnG im straßenrechtlichen Enteignungsverfahren nicht mehr zu prüfen

LVwG Oö 24.10.2016, [LVwG-400194](#)

BundesstraßenmautG; wenn aufgrund eines **unscharfen Bildes einer Verkehrsüberwachung** weder die fehlerhafte Positionierung einer Vignette noch das gänzliche Fehlen dieser eindeutig bewiesen werden kann, ist im Zweifel zugunsten des Rechtsmittelwerbers von der Nichterwiesenheit der Tat auszugehen

LVwG Oö 24.10.2016, [LVwG-411591](#)

GlücksspielG; VwGVG; Beschlagnahme von Glücksspielgeräten; da in Bezug auf **Beschlagnahmen gem § 53 GlücksspielG** nicht festgelegt ist, dass Beschwerden gegen solche Bescheide bereits ex lege keine aufschiebende Wirkung zukommt, hätte die belangte Behörde – um die sofortige Vollstreckbarkeit ihres Beschlagnahmebescheides rechtlich sicherzustellen – gem § 13 Abs 2 VwGVG spruchmäßig eine explizite dahingehende Anordnung treffen müssen; indem eine solche fehlt, kommt der von der Bf erhobenen Beschwerde **gem § 13 Abs 1 VwGVG aufschiebende Wirkung** zu

LVwG Oö 27.10.2016, [LVwG-000166](#)

AusbildungsvorbehaltsG; Medizinisch-technischen Dienste-G; die Behörde lastete dem BF eine Übertretung gem § 2 AusbildungsvorbehaltsG iVm § 2 Abs 1 Medizinisch-technischen Dienste-G an, weil seine **angebotene Ausbildung** zum Atlas-Energetik-Therapeuten **in das Berufsbild des Physiotherapeuten** fällt; die Behörde hat es jedoch unterlassen, die Frage, ob bzw inwieweit den Physiotherapeuten nicht nur chiro-physische, sondern auch psychoenergetische Behandlungsmethoden vorbehalten sind, durch ein entsprechendes Sachverständigengutachten klären zu lassen

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[26.10.2016, Rs C-506/14, Yara Suomi ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – System für den **Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten** in der Europäischen Union – Richtlinie 2003/87/EG – Art 10a – Methode der **kostenlosen Zuteilung von Zertifikaten** – Berechnung des einheitlichen sektorübergreifenden Korrekturfaktors – Beschluss 2013/448/EU – Art 4 – Anhang II – Gültigkeit – Anwendung des einheitlichen **sektorübergreifenden Korrekturfaktors** auf Anlagen in Sektoren, in denen ein erhebliches Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionen besteht – Festlegung der **Produkt-Benchmark für Flüssigmetall** – Beschluss 2011/278/EU – Art 10 Abs 9 – Anhang I – Gültigkeit

[26.10.2016, Rs C-590/14 P, DEI / Alouminion tis Ellados und Kommission](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Herstellung von **Aluminium** – Vertraglich gewährter Vorzugsstromtarif – Beschluss, mit dem die Beihilfe für mit dem **Binnenmarkt vereinbar** erklärt wird – Kündigung des Vertrags – Gerichtliche Aussetzung der Wirkungen der Kündigung – Beschluss, mit dem die Beihilfe für **rechtswidrig** erklärt wird – **Art 108 Abs 3 AEUV** – Begriffe ‚bestehende Beihilfe‘ und ‚neue Beihilfe‘ – Unterscheidung

[26.10.2016, Rs C-611/14, Canal Digital Danmark](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unlautere Geschäftspraktiken** – Richtlinie 2005/29/EG – Art 6 und 7 – Werbung für ein **Fernsehabonnement** via Satellit – Abonnementpreis, der neben dem Monatsbeitrag einen Halbjahresbeitrag für die zur Decodierung der Sendungen erforderliche Karte umfasst – Monatsgebühr, die nicht angegeben oder weniger hervorgehoben ist als die Halbjahresgebühr – **Irreführende Handlung** – **Irreführende Unterlassung** – Umsetzung der Bestimmung einer Richtlinie nur in den Materialien eines nationalen Umsetzungsgesetzes und nicht im Gesetzestext selbst

[26.10.2016, Rs C-195/15, Senior Home](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Insolvenzverfahren** – Verordnung (EG) Nr 1346/2000 – Art 5 – Begriff ‚**dingliche Rechte Dritter**‘ – Auf dem Grundbesitz ruhende öffentliche Last, die die Erhebung der Grundsteuer sichert

[26.10.2016, Rs C-211/15 P, Orange / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Wettbewerb** – **Staatliche Beihilfen** – Beihilfe der Französischen Republik für France Télécom – Reform der Finanzierung der Ruhegehälter der bei France Télécom beschäftigten Beamten – Minderung der von France Télécom an den Staat zu zahlenden Gegenleistung – Beschluss, mit dem die Beihilfe unter Auflagen für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wird – Begriff der Beihilfe – Begriff des **wirtschaftlichen Vorteils** – Selektiver Charakter – Beeinträchtigung des Wettbewerbs – **Tatsachenverfälschung** – Fehlen einer Begründung – Auswechslung der Begründung

[26.10.2016, Rs C-269/15, Hoogstad](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Soziale Sicherheit** – **Verordnung (EWG) Nr 1408/71** – Art 4 – Sachlicher Geltungsbereich – Einbehaltung von Beiträgen von **gesetzlichen Altersrenten** und jedem anderen zusätzlichen Vorteil – Art 13 – Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften – **Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat**

[26.10.2016, Rs C-276/15, Hecht-Pharma](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Humanarzneimittel** – Richtlinie 2001/83/EG – Anwendungsbereich – Art 2 Abs 1 – Arzneimittel, die **gewerblich** zubereitet werden oder bei deren Zubereitung ein industrielles Verfahren zur Anwendung kommt – Art 3 Nr 2 – **Offizielle Zubereitung**

[26.10.2016, Rs C-468/15 P, PT Musim Mas / Rat](#)

Rechtsmittel – **Dumping** – Durchführungsverordnungen (EU) Nr 1138/2011 und (EU) Nr 1241/2012 – **Einführen bestimmter Fettalkohole** und ihrer Gemische mit Ursprung in Indien, Indonesien und Malaysia – Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Art 2 Abs 10 Buchst i – Berichtigung – Ähnliche Funktionen wie ein auf Provisionsgrundlage tätiger Vertreter – Art 2 Abs 10 Unterabs 1 – Symmetrie zwischen dem Normalwert und dem Ausfuhrpreis – **Grundsatz der ordnungsgemäßen Verwaltung**

[26.10.2016, Rs C-482/15 P, Westermann Lernspielverlage / EUIPO](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarkenanmeldung** – Bildmarke mit den Wortbestandteilen ‚bambino‘ und ‚lük‘ – Widerspruchsverfahren – Ältere Unionsbildmarke mit dem Wortbestandteil ‚bambino‘ – **Teilweise Zurückweisung** der Anmeldung – Verfall der dem Widerspruch zugrunde liegenden älteren Marke – Schreiben der Klägerin, mit dem dieser Verfall dem Gericht mitgeteilt wird – **Weigerung des Gerichts**, das Schreiben zu den Verfahrensakten zu nehmen – **Fehlen einer Begründung**

[27.10.2016, Rs C-465/14, Wieland und Rothwangl](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 18 und 45 AEUV – **Soziale Sicherheit** der **Wandererwerbstätigen** – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 3 und 94 – Verordnung (EG) Nr 859/2003 – Art 2 Abs 1 und 2 – **Alters- und Todesfallversicherung** – Ehemalige Seeleute, die Staatsangehörige eines Drittstaats sind, der 1995 Mitglied der Europäischen Union wurde – Ausschluss des Anspruchs auf die Leistungen bei Alter

[27.10.2016, Rs C-613/14, James Elliott Construction](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Begriff ‚**Bestimmung des Unionsrechts**‘ – Richtlinie 89/106/EWG – **Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften** der Mitgliedstaaten über Bauprodukte – Vom Europäischen Komitee für Normung (CEN) gemäß einem Auftrag der Europäischen Kommission angenommene Norm – Veröffentlichung der Norm im Amtsblatt der Europäischen Union – Harmonisierte Norm EN 13242:2002 – Nationale Norm, die die harmonisierte Norm EN 13242:2002 umsetzt – **Vertragsrechtliche Streitigkeit** zwischen Privaten – Methode zur Feststellung der (Nicht-)Konformität eines Produkts mit einer nationalen Norm, die eine harmonisierte Norm umsetzt – Zeitpunkt der Feststellung der (Nicht-)Konformität eines Produkts mit dieser Norm – Richtlinie 98/34/EG – Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften – Anwendungsbereich

[27.10.2016, Rs C-114/15, Audace ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Warenverkehr** – Art 34 und 36 AEUV – **Mengenmäßige Beschränkungen** – Paralleleinführen von **Tierarzneimitteln** – Richtlinie 2001/82/EG – Art 65 – Nationale Regelung der vorherigen Genehmigung – Ausschluss von Züchtern vom vereinfachten Verfahren zur Genehmigung für das **Inverkehrbringen** – Pflicht, über eine Genehmigung für die Ausübung des Großhandels zu verfügen – Pflicht, über eine Niederlassung im Hoheitsgebiet des Einfuhrmitgliedstaats zu verfügen – **Pharmakovigilanzpflichten**

[27.10.2016, Rs C-220/15, Kommission / Deutschland](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Freier Warenverkehr** – Richtlinie 2007/23/EG – **Inverkehrbringen** pyrotechnischer Gegenstände – Art 6 – Freier Verkehr von den Anforderungen der Richtlinie entsprechenden **pyrotechnischen Gegenständen** – Nationale Regelung, die das Inverkehrbringen pyrotechnischer Gegenstände von der **Erfüllung zusätzlicher Anforderungen** abhängig macht – Verpflichtung zur vorherigen Anzeige bei einer nationalen Stelle, die befugt ist, die Gebrauchsanleitungen für diese Gegenstände zu prüfen und zu ändern

[27.10.2016, Rs C-290/15, D'Oultremont ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Prüfung der Umweltauswirkungen** bestimmter Pläne und Programme – Richtlinie 2001/42/EG – Art 2 Buchst a und Art 3 Abs 2 Buchst a – Begriff, Pläne und Programme‘ – Durch Regelungserlass festgelegte Voraussetzungen für die Errichtung von **Windkraftanlagen** – Bestimmungen, die insbesondere Maßnahmen zur Sicherheit, zur Kontrolle, zur Wiederinstandsetzung und der Sicherheitsleistung sowie je nach Nutzungsart des Gebiets festgelegte Geräuschpegelnormen betreffen

[27.10.2016, Rs C-292/15, Hörmann Reisen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Öffentliche Personenverkehrsdienste mit Bussen – Verordnung (EG) Nr 1370/2007 – Art 4 Abs 7 – Vergabe von Unteraufträgen – Verpflichtung des Betreibers, einen bedeutenden Teil der

öffentlichen Personenverkehrsdienste selbst zu erbringen – Tragweite – Art 5 Abs 1 – **Vergabeverfahren** – Vergabe des Auftrags nach Maßgabe der Richtlinie 2004/18/EG

[27.10.2016, Rs C-428/15, D](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit** in Zivilsachen – Zuständigkeit sowie Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in **Ehesachen** und in Verfahren betreffend die **elterliche Verantwortung** – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Art 15 – Verweisung der Sache an ein Gericht eines anderen Mitgliedstaats – Geltungsbereich – Tatbestandsmerkmale – Gericht, das den Fall besser beurteilen kann – **Wohl des Kindes**

[27.10.2016, Rs C-439/16 PPU, Milev](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eilvorabentscheidungsverfahren – **Justizielle Zusammenarbeit** in Strafsachen – Richtlinie (EU) 2016/343 – Art 3 und 6 – Zeitliche Geltung – Gerichtliche Überprüfung der **Untersuchungshaft** eines Angeklagten – Nationale Regelung, die es verbietet, während der gerichtlichen Phase des Verfahrens zu prüfen, ob der hinreichende Verdacht besteht, dass der Angeklagte eine Straftat begangen hat – Widerspruch zu Art 5 Abs 1 Buchst c und Abs 4 der **Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten** – Beurteilungsspielraum, den die nationale Rechtsprechung den nationalen Gerichten bei der Entscheidung über die Frage lässt, ob die Konvention angewandt wird oder nicht

B. SCHLUSSANTRÄGE

[25.10.2016, Rs C-641/15, Verwertungsgesellschaft Rundfunk \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum** – Richtlinie 2006/115/EG – Art 8 Abs 3 – Ausschließliches Recht der **Sendeunternehmen** – Öffentliche Wiedergabe – Orte, die der Öffentlichkeit gegen Zahlung eines Eintrittsgelds zugänglich sind – In Hotelzimmern aufgestellte **Fernsehempfänger**

[26.10.2016, Rs C-448/15, Wereldhave Belgium ua \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten – Anwendbares gemeinsames Steuersystem – Körperschaftsteuer – Anwendung der Richtlinie 90/435/EWG – Befreiung von der **Körperschaftsteuer** – **Freier Kapitalverkehr**

[26.10.2016, Rs C-679/15, Ultra-Brag \(GA Wahl\)](#)

Zollkodex der Gemeinschaften – Art 202 Abs 3 – Art 212a – Zollschuld bei **vorschriftswidrigem Verbringen** von Waren – Begriff des **Zollschuldners** – Für das vorschriftswidrig erfolgte Verbringen der Waren zuständiger Mitarbeiter einer juristische Person – Zurechnung des Verhaltens und Wissens eines Mitarbeiters an den Arbeitgeber

[27.10.2016, Rs C-126/15, Kommission / Portugal \(GA Kokott\)](#)

Steuerrecht – Verbrauchsteuer auf Tabakwaren – Richtlinie 2008/118/EG – Art 7, 9 Abs 1 und 39 Abs 3 – **Vertriebs- und Verkaufsbeschränkung** – Steuerzeichen – **Verhältnismäßigkeit**

[27.10.2016, Rs C-337/15 P, Bürgerbeauftragter / Staelen \(GA Wahl\)](#)

Rechtsmittel – **Außervertragliche Haftung** – Behandlung einer gegen die Führung einer Eignungsliste der Bewerber in einem allgemeinen Auswahlverfahren gerichteten Beschwerde durch den **Bürgerbeauftragten** – Untersuchungsbefugnisse – Sorgfaltspflicht – **Immaterieller Schaden**

[27.10.2016, Rs C-551/15, Pula Parking \(GA Bobek\)](#)

Zeitliche Anwendbarkeit des Unionsrechts – **Dienstleistungsvertrag** – Vertrag zwischen einem im Eigentum der öffentlichen Hand stehenden Rechtssubjekt und einer Privatperson – **Acta iure imperii** – Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Notarielle und gerichtliche Funktionen – Begriff ‚Gericht‘

[27.10.2016, Rs C-640/15, Vilkas \(GA Bobek\)](#)

Europäischer Haftbefehl – Fristen für die **Übergabe der gesuchten Person** – Unmöglichkeit der Übergabe aufgrund von Umständen, die sich dem Einfluss der Mitgliedstaaten entziehen – **Höhere Gewalt** – Persönliches Verhalten – Möglichkeit, mehr als einmal ein neues Übergabedatum zu vereinbaren – Voraussetzungen – Art 6 der **Charta der Grundrechte** – Neue, erneut eintretende oder fortbestehende Umstände, die sich dem Einfluss der Mitgliedstaaten entziehen

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

25.10.2016, Beschwerde Nr. [22743/07](#), *Otgon / Republik Moldau*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **unzureichende Entschädigungszahlungen** im Fall der Bf, die nach dem Konsum von **verunreinigtem Leitungswasser** zwei Wochen im **Krankenhaus** behandelt werden musste, führt zu einer Verletzung in ihrem Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens

25.10.2016, Beschwerde Nr. [60818/10](#), *Verlagsgruppe News GmbH / Österreich*

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Recht auf freie Meinungsäußerung); Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung im Fall der Verurteilung der bf Verlagsgruppe News GmbH zu **Schadenersatzzahlungen**, da in deren Wochenmagazin „Profil“ in einem Artikel aus 2006 die **Identität** eines Beteiligten im Rahmen der kriminalpolizeilichen Untersuchungen rund um die Kärntner **Hypo Alpe-Adria Bank preisgegeben** wurde

27.10.2016, Beschwerde Nr. [4696/11](#), *Les Authentiks u Supras Auteuil 91 / Frankreich*

Keine Verletzung von **Art 6** (Recht auf ein faires Verfahren) und **Art 11 EMRK** (Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit); konventionskonforme behördliche **Auflösung** der beiden bf **Fußballfanclubs** des Fußballvereins **Paris Saint-Germain** nachdem gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der beiden Fanclubs ein **Todesopfer** zur Folge hatten

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heimpl, Dr. Matthäus Schmied;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.